

Protokoll

Vorstandssitzung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

08.06.2016 (letzte Sitzung: 09.05.2016)

Ort	Arbeiterkammer Wien Konferenzsaal	
Beginn	12:00 Uhr 13:05 Uhr	
TeilnehmerInnen		
Vorstandsmitglieder:	Kaske Prä	
	Blauensteiner VP	(entschuldigt)
	Kniezanrek VP	
	Stein VP	
	Steinkellner VP	
	Anderl	(entschuldigt)
	Brantner	(entschuldigt)
	Fetik	
	Foglar	(entschuldigt)
	Ledwinka	(entschuldigt)
	Rudolph	
	Suchl	
	Teiber	
	Zweiler	
	Pörtl	
	Rasch	(entschuldigt)
	Rösch	
	Schütz	(entschuldigt)
	Paiha	
Beratend	Muhm Dir Aschauer-Nagl BL Bröthaler BL Kubitschek BL Kundtner DirStv Trenner BL	
Vom Büro	Stockerer(Betriebsrat)	(entschuldigt)
	Fassler	(entschuldigt)
	Marcon (Betriebsrat)	(entschuldigt)
	Mitterlehner	
	Mulley (Protokoll)	
	Minassian Karmen (Betriebsrat)	
	Klein Christoph	

Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 08.06.2016

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.05.2016

2 Beschlüsse

- 2.1 Zuweisung der Anträge der 166. Vollversammlung am 25.5.2016
- 2.2 Fachausschussmittel 3. Quartal 2016
- 2.3 Änderungen in den Fachausschüssen
- 2.4 Änderungen in den Ausschüssen

3 Berichte

3.1 Bericht des Präsidenten – Kaske

3.2 Bericht des Direktors – Muhm

- 3.2.1 Bericht über die EU-Aktivitäten der Bundesarbeitskammer im Jahr 2015
- 3.2.2 Aktueller Bericht

3.3 Beratung – Trenner

- 3.3.1 Aktueller Bericht

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

- 3.4.1 Strategieprozess Zukunft Hochschule (2016 – 2017)
- 3.4.2 Wiener Berufsorientierungsmesse für LehrerInnen
- 3.4.3 Veranstaltung „Gesellschaft bilden“
- 3.4.4 Ergebnisse der Reifeprüfung 2014/2015
- 3.4.5 „Jugend-Redewettbewerb 2016“
- 3.4.6 Workshop zur Studie Wien Neu
- 3.4.7 Studie Smart City – Datenschutz und Datensicherheit
- 3.4.8 Bankomatgebühren
- 3.4.9 EU-Verordnung für Lebensmittel-Kontrollen
- 3.4.10 Aktueller Bericht

3.5 Information - Bröthaler

- 3.5.1 AK Dividenden.Report.2016 – Ausschüttungspolitik der österreichischen Leitunternehmen
- 3.5.2 AK/IFES-Strukturwandelbarometer 2016 – Digitaler Wandel aus der Sicht von BetriebsrätInnen
- 3.5.3 Neuerscheinung: Bilanz & Co Basiswissen und Praxistipps für Betriebsrat und Aufsichtsrat
- 3.5.4 Ehrung von ArbeitsjubilantInnen
- 3.5.5 „SOZAK GOES EUROPE“ – Praktikumpräsentation des 65. Lehrgangs der Sozialakademie
- 3.5.6 Europäischer Jugendworkshop zum Digitalen Wandel
- 3.5.7 BRAK 13, Brüssel Exkursion
- 3.5.8 Aktueller Bericht

3.6 Soziales – Kundtner

- 3.6.1 Arbeitsmarktdaten – Mai 2016 →Tischvorlage
- 3.6.2 Jugendliche ohne betriebliche Ausbildungsplätze – März und April 2016
- 3.6.3 Whistleblowing im Zusammenhang mit der Finanzmarktregulierung
- 3.6.4 Veranstaltung
- 3.6.5 Aktueller Bericht

3.7 Wirtschaft - Kubitschek

- 3.7.1 4. EU-Eisenbahnpaket
- 3.7.2 Europäische Bürgerinitiative „Fair Transport“
- 3.7.3 CETA und TTIP: neueste Entwicklungen
- 3.7.4 Nationales Reformprogramm 2016
- 3.7.5 Konsultation zu einem Vorschlag für ein verbindliches Transparenzregister
- 3.7.6 Aktueller Bericht

4 Allfälliges

Kaske begrüßt die SitzungsteilnehmerInnen und ersucht um Genehmigung der Tagesordnung.

Beschluss:

Die Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 08.06.2016 wird genehmigt.

→ einstimmig angenommen

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.05.2016

Kaske ersucht um Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.05.2016.

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 09.05.2016 wird genehmigt.

→ einstimmig angenommen

2 Beschlüsse

2.1 Zuweisung der Anträge der 166. Vollversammlung am 25.5.2016

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Zuweisung der Anträge der 166. Vollversammlung am 25.5.2016:

Fraktion	Nr.	Thema	Abstimmungs- ergebnis	Ausschusszuweisung
FSG	1	Arbeitslosigkeit senken: Wir brauchen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik und Einklang von Angebot und Nachfrage bei Arbeitskräften	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
FSG	2	Integrationspfad Arbeit – Flüchtlingsbewegung nach Österreich arbeitsmarkt- und integrationspolitisch vernünftig bewältigen	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
FSG	3	Europäische Beschäftigungsinitiative zur Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
FSG	4	Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes vor Lohn- und Sozialdumping auf europäischer und nationaler Ebene	Annahme mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
FSG	5	Abfertigung neu - Schwachstellen beseitigen	Annahme einstimmig	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
FSG	6	Früherfassung psychischer Erkrankungen und Krankenstandsmonitoring	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitswesen
FSG	7	Wiedereingliederung nach längeren Krankenständen	Annahme einstimmig	Sozialversicherung und Gesundheitswesen
FSG	8	Reintegration in den Arbeitsprozess nach Rehabilitation	Annahme einstimmig	Sozialversicherung und Gesundheitswesen
FSG	9	Für eine gerechte Finanzierung der Elementarbildung! Aufgabenorientierung im Finanzausgleich verankern.	Annahme mehrheitlich	Frauen- u Familienpolitik
FSG	10	Den Digitalen Wandel gerecht gestalten	Annahme mehrheitlich	Wirtschaftspolitik
FSG	11	Steuerflucht und Steueroasen	Annahme mehrheitlich	Finanzpolitik
FSG	13	Verkehrsanbindung 22. Bezirk – 6. Donauquering	Annahme mehrheitlich	Verkehr u Tourismus
FSG	14	Beibehalten der erhöhten Berufsschulzeit in der Berufsschule für Verwaltungsberufe in Wien und Umsetzung des Regierungsübereinkommens zur Berufsschulzeiterweiterung	Annahme mehrheitlich	Bildung u Kultur
FSG	15	Early School Leavers – Recht auf Bildung	Annahme einstimmig	Bildung u Kultur
FSG	16	Förderung für Flüchtlingskinder und jugendliche Flüchtlinge	Annahme mehrheitlich	Bildung u Kultur
FSG	17	Kaution statt Gebühren bei Uni-Aufnahmetests	Annahme mehrheitlich	Bildung u Kultur
FSG	18	Strikte Umsetzung der EUGH-Entscheidung zu „Safe Harbor“	Annahme einstimmig	Konsumentenschutz- u Konsumentenpolitik
FSG	20	Ausweitung der Verbandsklagsbefugnis der AK, des ÖGB und der Gewerkschaften	Annahme einstimmig	Konsumentenschutz- u Konsumentenpolitik
FSG	21	Verbraucherschutz-Maßnahmen in Bezug auf dynamische Preisbildung	Annahme mehrheitlich	Konsumentenschutz- u Konsumentenpolitik
FSG	22	Verbesserung der Insolvenzentgeltsicherungsbestimmungen	Annahme einstimmig	Rechtsschutz u Rechtsberatung

ÖAAB/FCG	2	Mensch und Arbeit - Balance ein Leben lang! Generationenmanagement im Betrieb als Antwort auf Verdrängung älterer ArbeitnehmerInnen am Arbeitsplatz	Zuweisung mehrheitlich	Allg. Sozial- u Inklusionspolitik, Arbeitsrecht, Rechtspolitik, Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration, Sozialversicherung u Gesundheitspolitik
ÖAAB/FCG	3	Automatische Inflationsanpassung der Absetzbeträge und der Einkommensgrenzen bei den Steuertarifen	Zuweisung mehrheitlich	Finanzpolitik
ÖAAB/FCG	6	Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Bezirken des Arbeitsortes	Annahme mehrheitlich	Kommunal- u Regionalpolitik
ÖAAB/FCG	13	Speichermedienvergütung – Kontrolle und Berichtspflicht des Handels	Zuweisung einstimmig	Wirtschaftspolitik
ÖAAB/FCG	14	Keine Abschaffung von Bargeld	Annahme mehrheitlich	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
ÖAAB/FCG	17	Share Economy im Customer to Customer Geschäft	Zuweisung einstimmig	Wirtschaftspolitik
FA	8	Klarheit für „Opt-out“ bei Smart Meter	Annahme mehrheitlich	Wirtschaftspolitik
FA	9	Sofortige Maßnahmen gegen geplante Obsoleszenz von Produkten einleiten	Annahme mehrheitlich	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
FA	11	Haushaltsgeräte fressen mehr Strom als angegeben	Zuweisung einstimmig	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
AUGE/UG	1	Für eine echte bedarfsorientierte Grundsicherung	Zuweisung mehrheitlich	Allg. Sozial- u Inklusionspolitik, Arbeitsrecht, Rechtspolitik
AUGE/UG	2	Jährliche Valorisierung von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe etc	Zuweisung einstimmig	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
AUGE/UG	3	Mehr Dolmetsch-Angebote in Krankenhäusern	Zuweisung mehrheitlich	Sozialversicherung u Gesundheitspolitik
AUGE/UG	5	Sozialarbeit im Krankenhaus – zu wichtig um eingespart zu werden	Zuweisung einstimmig	Sozialversicherung u Gesundheitspolitik
AUGE/UG	6	Musikschulen	Annahme mehrheitlich	Bildung u Kultur
AUGE/UG	7	Novellierung der Regelung zur Spendenabsetzbarkeit für Kultureinrichtungen	Annahme mehrheitlich	Finanzpolitik
GA	3	Abbruch TTIP-CETA-TISA	Zuweisung einstimmig	EU u Internationales
GA	5	Atomausstieg Initiative	Zuweisung mehrheitlich	Umwelt u Energie
GA	6	AKW Terroranschläge	Annahme mehrheitlich	Umwelt u Energie
GA	7	Pestizide	Zuweisung einstimmig	Umwelt u Energie
GA	12	Schanigärten	Annahme mehrheitlich	Kommunal- u Regionalpolitik
LP	1	Transparenz für Eigentümer von Briefkastenfirmen	Annahme einstimmig	Finanzpolitik
LP	3	Konzernberichte	Annahme mehrheitlich	Finanzpolitik
ARGE	1	Verständigung der ArbeitnehmerInnen über die Anzeige eines Arbeitsunfalles	Zuweisung einstimmig	Sozialversicherung u Gesundheitspolitik
GLB	1	Rücknahme Notstandsverordnung	Zuweisung mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
GLB	6	Kinder	Zuweisung einstimmig	Frauen- u Familienpolitik
GLB	7	Praktika	Annahme mehrheitlich	Bildung u Kultur
KOMINTERN	1	Mehr Ressourcen, mehr Zeit, mehr Geld und mehr Personal in der Wiener Flüchtlingsbetreuung!	Zuweisung mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
KOMINTERN	2	Nein zur Ausbeutung der Menschenrechte	Zuweisung mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
KOMINTERN	3	Grundrecht Wohnen	Zuweisung mehrheitlich	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
KOMINTERN	4	Hände weg von der Mindestsicherung!	Zuweisung mehrheitlich	Allg. Sozial- u Inklusionspolitik, Arbeitsrecht, Rechtspolitik
KOMINTERN	5	Nein zum EU-Türkei-„Flüchtlings-Deal“	Zuweisung mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
BDFA	1	Gegen Grenzkontrollen	Zuweisung mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
BDFA	2	Zivildienst - Nachtdienstgebühr	Zuweisung einstimmig	Jugendschutz u Lehrlingswesen
BDFA	3	Unterhalt für Kinder	Zuweisung einstimmig	Frauen- u Familienpolitik
BDFA	4	Elementarpädagogik	Zuweisung einstimmig	Frauen- u Familienpolitik
Gem. Anträge	1	Urlaubsanspruch bei Erwerbslosigkeit	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
Gem. Anträge	2	Keine Bankomatgebühr - Zugang zum Bargeld muss kostenlos möglich sein	Annahme einstimmig	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
Gem. Anträge	3	CETA: Keine Zustimmung zu und vorläufige Anwendung des Handelsabkommens mit Kanada, denn Ceta ist TTIP durch die Hintertür	Annahme einstimmig	EU u Internationales

→ einstimmig angenommen

2.2 Fachausschussmittel 3. Quartal 2016

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Fachausschussmittel für das 3. Quartal 2016:

Fachausschuss	Betrag	IBAN
Handel, Verkehr, Fremdenverkehr	34.500,00	AT05 14000 00110 274 815
Gewerbe und Industrie	28.125,00	AT80 14000 00110 274 823
Geld, Kredit, Versicherungen	13.800,00	AT27 14000 00110 274 807
Graphische u Papierverarb Gewerbe	15.900,00	AT43 14000 05410 230 650
Werbung, Marketing, Kommunikation, ...	6.000,00	AT68 14000 00110 289 880
Erwachsenenbildung, Erziehung, ...	6.000,00	AT44 14000 00110 292 252
Younion_Die Daseinsgewerkschaft	2.802,00	AT89 14000 05410 230 986
Bauhauptgewerbe	17.025,00	AT11 14000 05410 230 838
Bauhilfsgewerbe	11.250,00	AT73 14000 05410 230 692
Maler und Anstreicher	11.052,00	AT12 14000 05410 230 820
Pflasterer	4.200,00	AT42 14000 05410 230 862
Steinarbeiter	3.810,00	AT20 14000 05410 230 676
Hafner-, Fliesenleger- u Rauchfangkehrergewerbe	4.752,00	AT55 14000 05410 230 919
Tapezierer	8.505,00	AT20 14000 05410 230 773
Tischler	12.900,00	AT83 14000 05410 230 706
Bedienstete d Privatkrankenanstalten	6.975,00	AT97 14000 05410 231 036
Friseure und Kosmetiker	17.850,00	AT46 14000 05410 230 790
Denkmal-, Fassaden- u Gebäudereiniger	6.000,00	AT14 14000 05410 230 978
HausbesorgerInnen, HausbetreuerInnen	6.300,00	AT64 14000 05410 230 951
Soziale Dienste	3.450,00	AT42 14000 05410 230 765
Gastronomie	7.602,00	AT22 14000 05410 231 028
Hotel- und Beherbergungsbetriebe	9.000,00	AT33 14000 05410 230 927
Heime, Internate	4.350,00	AT64 14000 05410 230 757
Schiene	5.250,00	AT61 14000 00110 286 805
Bewachung und Sicherheit	5.250,00	AT78 14000 00110 316 666
ArbeiterInnen im Handel und Transport	4.500,00	AT50 14000 00110 422 512

Gartenbau und Floristik	6.900,00	AT86 14000 05410 230 846
Bäcker	6.000,00	AT64 14000 05410 230 854
Fleischer	4.728,00	AT67 14000 05410 230 994
Getränke	6.000,00	AT23 14000 05410 231 010
Zuckerbäcker	11.700,00	AT72 14000 05410 231 001
Chemie	6.705,00	AT89 14000 05410 230 889
Metall- und Orthopädietechnik	8.520,00	AT61 14000 05410 230 811
Sanitär, Heizung u Lüftungstechnik	16.050,00	AT39 14000 05410 230 722
Spengler und Kupferschmiede	7.050,00	AT86 14000 05410 230 749
Elektrotechniker, Gürtler, Graveure	8.100,00	AT83 14000 05410 230 803
Mechaniker	10.950,00	AT86 14000 05410 230 943
Textil	4.200,00	AT11 14000 05410 230 935
Bekleidung	4.200,00	AT67 14000 05410 230 897
Schuh/Leder	4.200,00	AT61 14000 05410 230 714
Berufskraftfahrer	21.000,00	AT26 14000 05410 665 419
Gesundheitsberufe	20.250,00	AT63 14000 05410 027 560
	403.701,00	

→ einstimmig angenommen

2.3 Änderungen in den Fachausschüssen

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Änderungen in den Fachausschüssen:

FA Schiene (Gew.VIDA)

Ersatzmitglied neu

Rothbart Norbert

Ersatzmitglied ausgeschieden

Toth Peter

FA HausbesorgerInnen und HausbetreuerInnen (Gew.VIDA)

Ersatzmitglied neu

Kainzbauer Johanna

Ersatzmitglied ausgeschieden

Rohrbeck Herta

FA Bewachung und Sicherheit (Gew.VIDA)

Mitglied neu

Kopp Gernot

FA Wiener Pflasterer

Mitglieder neu

Hochwarter Kevin

Bollessen Michel

FA Getränke

Mitglied neu

Schütz Ernst (vorher Ersatz)

Ersatzmitglied neu

Mathae Martina

Simon Marion

Rohowsky Helmut

Bocek Dajana

→ einstimmig angenommen

Mitglied ausgeschieden

Weigl Johann

Ersatzmitglied ausgeschieden

Strnat Edith

Schmid Alexandra

Rab Andreas

Schütz Ernst (jetzt Mitglied)

2.4. Änderungen in den Ausschüssen

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Änderungen in den Ausschüssen:

Ausschuss 1

**Allgemeine Sozial- und
Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und
Rechtspolitik**

neues Ersatzmitglied	Formann Ingeborg	FSG	anstelle: Denk Roswitha
----------------------	------------------	-----	-------------------------

Ausschuss 2

**Angelegenheiten des öffentlichen
Dienstes**

neues Mitglied	Benesch Jasmin	FSG	anstelle: Schwartz Judith
neues Ersatzmitglied	Formann Ingeborg	FSG	anstelle: Denk Roswitha

Ausschuss 8

Frauen- und Familienpolitik

neues Ersatzmitglied	Benesch Jasmin	FSG	anstelle: Schwartz Judith
----------------------	----------------	-----	---------------------------

Ausschuss 14

Umwelt und Energie

neues Ersatzmitglied	Formann Ingeborg	FSG	anstelle: Denk Roswitha
----------------------	------------------	-----	-------------------------

→ einstimmig angenommen

3 Berichte

3.1 Bericht des Präsidenten - Kaske

Einleitend berichtet der Präsident über seine Gespräche mit dem griechischen Arbeitsminister Prof. Dr. Giorgos Katrougalos und mit Vladimír Špidla, dem Berater des tschechischen Ministerpräsidenten. Die Kollektivvertragspolitik, das österreichische Pensionssystem und die Industriepolitik waren die zentralen Themen des Gesprächs mit dem griechischen Arbeitsminister, der über die restriktiven, in das Sozialsystem seines Landes eingreifenden Vorgaben der EU (Reduktion der KV-Löhne, Verlagerung von Branchen- auf Betriebsebene, Kürzungen beim Pensionssystem, Privatisierungen etc.) berichtete, was den Präsidenten einmal mehr sehr nachdenklich über die keine Rücksicht auf die Bevölkerung nehmende Politik der EU werden ließ. Mit dem Chefberater des tschechischen Ministerpräsidenten Vladimír Špidla und seiner Begleitung wurde Übereinstimmung in Fragen von Konkursverfahren usw. erzielt, während in der Causa "Entsende-RL" unterschiedliche Auffassungen bestanden.

Weiters informiert der Präsident, dass sich am 31. Mai der EU-Ausschuss des Bundesrats in einem einstimmig beschlossenen Antrag gegen eine vorläufige Anwendung von CETA und TTIP aussprach. Die LändervertreterInnen folgen damit einer einheitlichen Länderstellungnahme der Landeshauptleutekonferenz vom 11. Mai 2016, in der sich die Bundesländer darüber hinaus kritisch zur regulatorischen Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA aussprechen.

Nach wie vor katastrophal ist die Lage am Arbeitsmarkt. Im Mai waren 405.470 Menschen auf Jobsuche, das ist ein Plus von 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Gleichzeitig hat die Zahl der gemeldeten offenen Stellen um 41 Prozent auf 41.591 zugelegt. Einmal mehr waren insbesondere Ältere und Ausländer von der steigenden Arbeitslosigkeit betroffen, während es bei den Jugendlichen einen deutlichen Rückgang gab. Bei den Männern blieb die Zahl der Arbeitslosen im Jahresvergleich konstant, bei den Frauen gab es einen Zuwachs von 2,8 Prozent. 16 Prozent der Arbeitslosen waren bereits länger als ein Jahr auf Jobsuche, insgesamt betrug die durchschnittliche Arbeitslosendauer 126 Tage, was einem Zuwachs von 12 Tagen entspricht. Ein Lichtblick ist allerdings der Lehrstellenmarkt, wo die Zahl der gemeldeten offenen Stellen um 9,2 Prozent auf 3.222 Stellen anwuchs. Gleichzeitig waren aber 4.967 Personen auf Lehrstellensuche, ein Zuwachs von 3,7 Prozent. Um eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt herbeizuführen, fordert Kaske ein gebündeltes Vorgehen aller Arbeitsmarktakteure. Insbesondere sieht der Präsident die Regierung und die Wirtschaft am Zug, denn die Regierung soll ein öffentliches Investitionsprogramm anstoßen, dem die Wirtschaft mit privaten Investitionen folgen sollte. Der Präsident betont, dass dies rasch geschehen müsse, damit die Konjunktur angekurbelt und Beschäftigung geschaffen wird. Abgesehen von der Forderung nach einer „goldenen (EU-)Regel“, damit Investitionen in die Zukunft von den strengen Sparvorgaben des EU-Stabilitätspaktes ausgenommen werden, sollen aber auch Spielräume ausgelotet werden, um das Angebot an Arbeitskräften zu beschränken, etwa durch innovative Formen der Arbeitszeitverkürzung, wie Freizeitoptionen in Kollektivverträgen oder Ausbildungsphasen. Flankiert werden soll dieses Investitionsprogramm durch eine rigorose Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping sowie der Zusammenführung wichtiger Fördermaßnahmen zur Aus- und Weiterbildung wie Fachkräftestipendium, Bildungskarenz und Bildungsteilzeit zu einem „Qualifizierungsstipendium neu“.

Eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo) zeigt - wie der Präsident berichtet - dass der Sozialstaat wirkt, denn vom Sozialstaat profitieren alle Bevölkerungsschichten, vor allem die Mittelschicht und Haushalte mit niedrigem Einkommen. Allerdings zeigt die Studie auch, dass es zwischen 2000 und 2010 zu Einkommensverlusten im unteren Einkommensdrittel gekommen ist, die

vom Sozialstaat nicht mehr zur Gänze aufgefangen werden konnten, deshalb sind Maßnahmen erforderlich, um eine gerechtere Verteilung zu erreichen. Für die AK bedeutet dies, dass die Causa "Finanzierung Sozialstaat" weiterhin auf der Agenda bleibt.

Eingehend auf die am 23. Mai in der AK stattgefundene Enquete „Zukunft trotz(t) Herkunft“ betont **Kaske**, dass eine transparente und gerechte Schulfinanzierung auf Basis eines Chancen-Index Grundlage für mehr Chancengerechtigkeit ist, denn nur wenn sich der Unterricht an den individuellen Voraussetzungen der SchülerInnen und den bestehenden Rahmenbedingungen der Schulstandorte orientiert, können die Potenziale jedes Kindes optimal gefördert werden.

Weiters macht der Präsident auf eine AK-Analyse über Wohnungskosten aufmerksam. Eine Sonderauswertung des Mikrozensus der Statistik Austria belegt, dass Wohnen immer häufiger zum Luxus wird. Die Wohnkosten laufen vielen Menschen davon. Der private Wohnungsmarkt ist nicht mehr leistbar, vor allem für Junge, deshalb - so Kaske - muss rasch ein einfaches, transparentes Mietrecht her, das Wohnen billiger macht. Justizminister Brandstetter muss endlich aktiv werden und dafür sorgen, dass schleunigst eine Mietrechtsreform auf den Tisch kommt. Bezeichnenderweise wehren sie die NEOS gegen eine allgemeine Mietzinsdeckelung und treten für befristete Mietverträge ein, womit sie einmal mehr beweisen, dass sie keine Freunde der ArbeitnehmerInnen sind.

Kaske geht dann auf die völlig unnötige mediale Diskussion über die Sozialpartnerschaft ein, die von VK Mitterlehner von Zaun gebrochen wurde, der sich - wie er Kaske mitteilte - sehr über die Präsidenten Leitl und Kapsch geärgert hat. Jedenfalls konnte der Präsident die Kritik an der Sozialpartnerschaft mit den Worten "wir sind Teil der Lösung und nicht Teil des Problems" zurückweisen. Im Übrigen zeigt eine Umfrage, dass 60% der Menschen Vertrauen in die Sozialpartnerschaft haben.

Abschließend gratuliert der Präsident Kollegin Miriam Rehm und Kollegen Matthias Schnetzer, die heuer den zum fünften Mal vergebenen Egon-Matzner-Preis für Sozioökonomie bekommen haben, was wieder einmal zeigt, dass die AK hervorragende MitarbeiterInnen hat.

Bezüglich Griechenland betont **Paiha**, dass die EU ein "grausliches Spiel" gespielt hat und es weiterhin bei der Bewältigung der Flüchtlingsbewegung spielt. **Kaske** und **Stein** ergänzen, dass es für die EU wahrlich kein Lob geben könne und dies keine Vorgangsweisen gegenüber anderen Ländern sein dürfe.

➔ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

3.2 Bericht des Direktors - Muhm

Muhm macht einleitend auf den jährlichen umfangreichen und instruktiven schriftlichen Bericht über die EU-Aktivitäten der BAK aufmerksam und betont in diesem Zusammenhang die gute Zusammenarbeit mit dem ÖGB Büro in Brüssel und das ausgezeichnete Standing des BAK Büros Brüssel.

Sehr erfreulich für das networking der AK ist, dass Kollegin Susanne Wixforth die Chance bekommen hat die EU-Abteilung des DGB-Büros in Berlin zu leiten. Sie wurde von der AK denn auch dafür karenziert.

Ein weiteres (neben den bekannten Projekten der AK zur Flüchtlingsproblematik für die von der AK immerhin rd € 300.000,-- in die Hand genommen wurden) Beispiel dafür, dass die AK in Bezug auf die

Asylproblematik konkrete Taten setzt ohne sich damit in den Mittelpunkt zu stellen, ist die Aufnahme von zwei Asylberechtigten jungen Menschen (eine gut deutsch sprechende und sich seit drei Jahren in Österreich befindliche Somalierin und ein seit 5 1/2 Jahren in Österreich befindlicher Kurde) als Lehrling für Bürokauffrau/-mann ab September 2016.

Nachdem dies die letzte Vorstandssitzung des Direktors vor seiner Pensionierung ist, verabschiedet sich **Muhm** mit netten, sehr bewegenden Worten, bedankt sich für die gute Zusammenarbeit über all die Jahrzehnte hinweg, ist froh, dass mit Klein ein ausgezeichnete Nachfolger als Direktor der AK und BAK gefunden wurde und zeigt sich überzeugt, dass das Managementteam sehr gut zusammenarbeiten wird.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.3 Beratung – Trenner

Trenner hat diesmal keinen Bericht.

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

Aschauer-Nagl bewertet es einleitend als positiv, dass das Wissenschaftsministerium gemeinsam mit dem Wissenschaftsrat unter Einbindung der Hochschulkonferenz sowie weiterer relevanter Stakeholder einen groß angelegten Prozess mit dem Titel „Zukunft Hochschule“ startete, um eine bessere Abstimmung der hochschulischen Studienangebote sowie der Forschungsschwerpunkte an Universitäten und Fachhochschulen zu ermöglichen. Ein stärkerer Ausbau des FH-Sektors und mehr Abstimmung und Zusammenarbeit der Hochschulen sind denn auch aus AK-Sicht zu begrüßen, allerdings werden hier finanzielle und regionale Aspekte noch eine große Rolle spielen.

In Kooperation mit dem Stadtschulrat für Wien (SSR), der Pädagogischen Hochschule Wien (PH Wien) und der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (AK Wien) fand im April 2016 zum achten Mal die Berufsorientierungsmesse für Wiener LehrerInnen im Bildungszentrum der AK Wien statt. Erfreulich ist festzuhalten, dass sich die Wiener Berufsorientierungsmesse zum fixen Bestandteil der Weiterbildungsaktivitäten der Wiener PflichtschullehrerInnen entwickelt hat, womit auch den Forderungen der AK zum Thema Berufsorientierung Nachdruck verliehen werden konnte. Ein ausgezeichnetes Feedback der TeilnehmerInnen konnte auch bei der AK-Tagung „Demokratie braucht Bildung“ im April 2016 im BIZ festgestellt werden. Thema der Tagung war die Funktion und Aufgabe von Bildung bei der Konstituierung der Gesellschaft.

Eingehend auf die Zentralmatura 2016 stellt die Bereichsleiterin fest, dass die nunmehr verbesserte Durchführung der zentral organisierten und teilstandardisierten Reifeprüfung zu begrüßen ist. Die Ergebnisse zeigen den Schulen, wo die Schulziele erreicht sind und wo Nachholbedarf in Bezug auf Schulentwicklung vorliegt.

Weiters erwähnt **Aschauer-Nagl** den neu konzipierten Wiener Jugend-Redewettbewerb 2016, der erstmals in Kooperation mit der Arbeiterkammer Wien an fünf Tagen im April im AK-Bildungszentrum stattfand. Vor der Jury, in denen neben AK-MitarbeiterInnen VertreterInnen aus Gewerkschaftsjugend, Jugendarbeit, Politik und Kultur saßen, hielten die Jugendlichen teils äußerst souveräne überwiegend spannende gesellschaftspolitische Reden und stellten sich den Fragen durch die Moderation.

Eingehend auf Kommunales macht **Aschauer-Nagl** auf die von der Abteilung Kommunalpolitik der AK Wien im Rahmen des Schwerpunktes "Wien wächst" in Auftrag gegebene Studie „Wien Neu – passende Strukturen für die wachsende Stadt“ aufmerksam, in welcher der Frage nachgegangen wurde, ob die bestehenden Organisationseinheiten der wachsenden Stadt geeignet sind, die Herausforderungen des Wachstums sozialverträglich zu bewältigen, sicherzustellen, dass dabei die verschiedenen Aufgaben- und Verantwortungsbereiche in der Stadtentwicklung zueinander passen, Maßnahmen von gesamtstädtischer Bedeutung auch zentral entscheiden zu können und gleichzeitig strukturelle Unterschiede der verschiedenen Stadtteile und Bezirke ausreichend zu berücksichtigen, somit gesamtstädtisches öffentliches Interesse und lokale Befindlichkeiten in Einklang zu bringen. Die Studie ist ein erster Beitrag der AK zu einem zu führenden Diskussionsprozesses, der die Handlungsfähigkeit der wachsenden Stadt für ihre ArbeitnehmerInnen und BewohnerInnen stärken soll. Die mediale und darüberhinausgehende Resonanz auf die Studieninhalte zeigt die aktuellen Herausforderungen und Dringlichkeit der Themen auf. Aus Sicht der AK Wien ist es daher sinnvoll die Diskussion weiter voranzutreiben. Weitere Präsentations- und Diskussionstermine sind bereits avisiert.

Die Bereichsleiterin erinnert, dass sich Wien seit vielen Jahren der Smart City Idee verschrieben hat und in unterschiedlichen Bereichen diesbezüglich aktiv ist. Ziel einer von der AK in Auftrag gegebenen "FORBA-Studie" war es, das Themenfeld „Smart City“ hinsichtlich der Aspekte von Datenschutz und Datensicherheit zu analysieren um allfällige Fehlentwicklungen für Wien zu vermeiden. Die Studie beleuchtet die Bedeutung von Informations- und Kommunikationssystemen bei unterschiedlichen „Smart City“ Initiativen, die dahinter stehenden organisatorischen und technologischen Konzepte, sowie gesellschaftspolitische und rechtliche Rahmenbedingungen, die beim Einsatz technischer Lösungen Berücksichtigung finden sollten. Der Schwerpunkt liegt auf der datenschutz- und datensicherheitsrechtlichen Bewertung der beschriebenen Ansätze und konkret eingesetzten Produkte. Für Wien kann festgestellt werden, dass es anders als andere Großstädte, keine expliziten Partnerschaften mit IT-Konzernen eingegangen ist. In der Wiener Rahmenstrategie für eine „Smart City“ wird betont, dass bei dieser nicht die Technologie, sondern die Menschen und die Lebensqualität im Mittelpunkt stehen. Technologie sei ein Mittel zum Zweck. Dennoch hat die AK - wie in der schriftlichen Unterlage ausgeführt - im Interessen der in der Stadt lebenden Menschen einige demokratie-, gesellschafts- und verteilungspolitische Forderungen und Vorschläge an die Stadt um Fehlentwicklungen zu vermeiden.

Konsumentenpolitisch betont **Aschauer-Nagl** mit Verweis auf die diesbezügliche instruktive Unterlage und einen diesbezüglichen gemeinsamen Antrag bei der AK Vollversammlung, dass die AK mit Nachdruck eine Bankomatgebühr aus konsumentenpolitischer Sicht ablehnt, denn KonsumentInnen müssten sodann für eine Leistung doppelt zahlen. Zudem ist zu beachten, dass immer mehr Leistungen von den KonsumentInnen in Selbstbedienung durchgeführt werden müssen.

Abschließend berichtet die Bereichsleiterin über die Diskussion zu einer Neufassung der EU-Verordnung über die amtliche Kontrolle durch die der Rechtsrahmen gestrafft, vereinfacht, die gesamte Lebensmittelkette berücksichtigt und auch die Finanzierung der amtlichen Kontrolle wirksamer und gerechter geregelt werden soll. Aktuell erwähnt **Aschauer-Nagl** neue Richtlinien der EU Kommission zur sogenannten Sharing Economy (eine gemeinsame Nutzung von Gütern oder Autos wie sie etwa das Online-Ferienwohnungs-Portal Airbnb und den Mitfahrdienst Uber anbieten), welche die AK nun beschäftigen werden.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.5 Information - Bröthaler

Bröthaler berichtet einleitend, dass die Ergebnisse des AK Dividenden.Report.2016 zeigen, dass sich die wirtschaftliche Performance der großen österreichischen Leitbetriebe trotz nach wie vor schwieriger Rahmenbedingungen wieder deutlich verbessern konnte. Die Ausschüttungen liegen vielerorts immer noch deutlich zu hoch. Insbesondere in der Energie- und Ölwirtschaft und bei der Österreichischen Post AG. Nicht die Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern die Einkommenserhöhung der Aktionäre steht in einigen Unternehmen im Vordergrund. Die AK fordert ein Umdenken und tritt dafür ein, die Gewinne besser in Forschung, Investitionen und für die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen einzusetzen.

Zielsetzung des "AK/IFES Strukturwandelbarometers" ist es, wie der Bereichsleiter weiter berichtet, die Inhalte, die Dynamik und die beobachteten Auswirkungen des betrieblichen Strukturwandels aus einer ArbeitnehmerInnenperspektive regelmäßig zu erheben und zu analysieren. Daraus ergeben sich für die AK zentrale Forderungen zur Mitbestimmung, "guter Arbeit" und Gesundheitsvorsorge, Sanktionsmöglichkeiten bei unternehmerischen Rechtsverstößen, Förderung von Qualifizierung und Bildung, Sicherung des Daten- und Beschäftigtendatenschutzes und einer gerechten und fairen Verteilung der Arbeit.

Der Bereichsleiter verweist auf das an alle Vorstandsmitglieder verteilte, von Mitarbeitern der AK Abteilung Betriebswirtschaft verfasste ausgezeichnete Buch "Bilanz & Co Basiswissen und Praxistipps für Betriebsrat und Aufsichtsrat". Im Mittelpunkt des Buches stehen der Jahresabschluss und die Interpretation und Einschätzung der wirtschaftlichen Lage eines Unternehmens mittels Bilanzanalyse und Kennzahlen. Die gesetzlichen Neuerungen des Rechnungslegungsänderungsgesetzes 2014 sind berücksichtigt. Internationale Rechnungslegungsvorschriften und Kennzahlen sowie der Konzernabschluss werden in Grundzügen dargestellt, ebenso das Wichtigste aus der Kostenrechnung und über Unternehmenskrisen. Die Theorie wird durch zahlreiche Beispiele und Praxistipps für Betriebsrat und Aufsichtsrat angereichert. Zielgruppe des Buches sind insbesondere ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat, Betriebsräte und interessierte ExpertInnen. Das Buch wird auch Teil der Standardliteratur für IFAM-Seminare.

Bröthaler informiert, dass am 20. und 21. April 2016 die Arbeitsjubilare des Jahres 2015 zu einem vergnüglichen Abend samt Begleitung im Theater Akzent eingeladen wurden. Geboten wurden kleine Speisen und Getränke, für die Unterhaltung sorgte Alexander Goebel und Band, nach der Show gab es einen Foto-Event. Ziel an diesen Abenden ist, der Zielgruppe der ArbeitsjubilareInnen die AK von einer neuen, positiven Seite zu zeigen und gleichzeitig unsere Botschaften unterzubringen. An beiden Tagen haben 900 Personen teilgenommen. Das gesamte Angebot wurde sehr positiv aufgenommen.

Mitte Mai 2016 fand die Praktikumspräsentation des 65. Lehrgangs der Sozialakademie "SOZAK goes Europe" mit TeilnehmerInnen aus 10 verschiedenen Ländern (Deutschland, Kroatien, Schweiz, Belgien, Dänemark, Finnland, Schweden, Niederlande, Irland, UK) statt. Anlässlich der Präsentation wurde ein Seminar für die europäischen Praktikumsgeber organisiert sowie in einer ausführlichen Feedbackrunde Optimierungsideen ventiliert. Ein weiterer Schwerpunkt war die Auseinandersetzung mit dem Thema „Digitaler Wandel in der Bildung“ und die damit verbundenen Auswirkungen auf die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Am Nachmittag des zweiten Seminartages präsentierten die SOZAK-TeilnehmerInnen die Ergebnisse ihrer Europapraktika vor ca. 80 Gästen. Die aufnehmenden Organisationen betonten den Nutzen, den auch sie durch die SOZAK-PraktikantInnen haben. Die Bereitschaft, auch im nächsten Jahr wieder Praktikumsplätze zur Verfügung zu stellen, ist bei allen teilnehmenden Partnereinrichtungen vorhanden. Die europäischen Praktika der SOZAK werden von

den Gastgeberorganisationen durchaus als ein Vorbild in der europäischen gewerkschaftlichen Bildung angesehen.

Vom 18. bis 20. Mai 2016 fand - wie der Bereichsleiter weiters informiert - ein Jugendworkshop zum "Digitalen Wandel" statt, an dem JugendgewerkschafterInnen aus Österreich und Europa SOZAK-AbsolventInnen sowie AK-, ÖGB- und Gewerkschafts-MitarbeiterInnen, insgesamt über 50 KollegInnen, teilnahmen. Drei Tage hindurch beschäftigten sich JugendgewerkschafterInnen aus neun verschiedenen Staaten mit dem Thema „Digitaler Wandel“ und wie sie (junge) ArbeitnehmervertreterInnen dieser Herausforderung stellen können, um den Prozess des digitalen Wandels aktiv mitzugestalten.

Abschließend teilt **Bröthaler** mit, dass 15 AbsolventInnen (5 Frauen, 10 Männer) des 13. Durchgangs der Wiener BetriebsrätInnen Akademie gemeinsam mit Pia Lichtblau (VÖGB) eine Exkursion nach Brüssel machten. Die TeilnehmerInnen bekamen durch die Reise einen guten Eindruck von der Arbeit sowie der Bedeutung der EU Institutionen und der internationalen Gewerkschaftsarbeit von AK und ÖGB. Ihre Einblicke stärkten die pro-europäische Einstellung, die sie als BetriebsrätInnen in ihren Betrieben offensiv vertreten.

Paiha dankt vorerst **Aschauer-Nagl** für die Beantwortung ihrer Frage im Vorstand der AK und betont die gute Zusammenarbeit mit den MitarbeiterInnen der AK. Bezüglich dem IFES/AK-Strukturbarometer interessiert sie, ob auch BetriebsrätInnen aus den sozialen Berufen, insbesondere dem Gesundheitsbereich, mitbefragt wurden. **Bröthaler** betont, dass Sozial- und Gesundheitsbereich mitbetrachtet werden, kann jedoch nicht en detail mitteilen, inwiefern innerhalb der fast 300 befragten BetriebsrätInnen die genannten Bereiche Berücksichtigung fanden. Er wird sich diesbezüglich noch erkundigen. Abgesehen davon wird diesen Bereichen in Zukunft ein stärkeres Augenmerk zugewandt.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.6 Soziales – Kundtner

Kundtner erinnert, dass 2016 die Marktmissbrauchs-RL über strafrechtliche Sanktionen bei Marktmanipulationen umzusetzen sowie die Marktmissbrauchs-VO anzuwenden ist. Mit diesem neuen EU-Marktmissbrauchsregime werden Kernmaterien des Kapitalmarktrechts in Europa auf neue Füße gestellt. Marktmanipulation und Insiderhandel müssen ab gewissen Schwellenwerten gerichtlich strafbar sein – bis dato sind gewisse Fälle von Marktmanipulation nach dem BörseG nur verwaltungsbehördlich strafbar. Die zentrale Überwachungsbehörde wird weiterhin die FMA sein. Die Ermutigung zur „Meldung von Verstößen“ und zum Whistleblowing durch AN von Emittenten oder Finanzdienstleistern ist ebenso national umzusetzen wie die Aufzeichnung von Telefongesprächen und elektronischer Kommunikation. Die stellvertretende Direktorin erläutert die mit dem ÖGB akkordierte Fassung der BAK Stellungnahme, die einen maximalen arbeitsrechtlicher Schutz der Whistleblower einfordert und sichergestellt haben will, dass es keine Verpflichtung, sondern nur ein Recht zum „Whistleblowing“ gibt. Nach Ansicht der BAK muss das Schutzniveau für den „Whistleblower“ auf jeden Fall höher sein als für jene, gegen die ermittelt wird, denn wenn die meldende Person in ihrer Identität von der FMA nicht ausreichend geschützt wird, wird das Ziel der Rechtsvorschrift verfehlt.

Kundtner berichtet aktuell, dass nach intensiven Verhandlungen Anfang Juni die Ausbildungspflicht in Form des Ausbildungspflichtgesetzes im Ministerrat beschlossen wurde. Mit dem neuen Gesetz müssen ab Herbst des nächsten Jahres alle unter 18 Jahren nach Erfüllung der Schulpflicht entweder

eine weiterführende Schule, eine betriebliche bzw. überbetriebliche Lehrausbildung, Maßnahmen der Ausbildungsvorbereitung (Produktionsschulen, AMS-Qualifizierung) oder niederschwellige Maßnahmenangebote im Vorfeld von weiterführender Bildung und Ausbildung absolvieren. Auch Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte sind davon erfasst.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.7 Wirtschaft – Kubitschek

Kubitschek informiert, dass es über das 4. EU-Eisenbahnpaket einen Kompromiss zwischen EU-Parlament, EU-Kommission und EU-Rat über den marktrelevanten Teil des Pakets gibt. Im technischen Teil mit den zentralen Punkten Sicherheit, Interoperabilität und Europäische Eisenbahnagentur wurde bereits im Vorfeld eine Einigung auf Ratsebene erzielt. Festgestellt werden muss, dass die Öffnung des Bahnmarktes für private Anbieter sicherlich nicht automatisch mehr Bahnkundinnen und Bahnkunden bringt. Für die AK ist wichtig, dass die Direktvergabe von Schienenpersonenverkehrsdiensten weiterhin möglich sein wird, denn eine völlige wettbewerbliche Vergabe hätte die Zerschlagung des guten österreichischen Bahnangebots bedeutet und auch den Taktverkehr unmöglich gemacht. Das gute Bahnangebot in Österreich lebt davon, dass ein integrierter Taktfahrplan möglich ist. Hauptleidtragende wären die Pendlerinnen und Pendler und vor allem die Beschäftigten der Bahnen gewesen. Hier haben die Bemühungen des Verkehrsministeriums aber auch der Bahngewerkschaft Vida und der AK eine wichtige Verbesserung zur Erhaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge erreicht. Jetzt muss auf nationaler Ebene verschärft gegen Lohn- und Sozialdumping im öffentlichen Verkehr gekämpft werden. Die EU lässt hier einen Spielraum zum Schutz der Beschäftigten, der voll ausgeschöpft werden muss. Kritisch sieht die AK die Weigerung vieler Mitgliedstaaten und der EU-Kommission, einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen zuzustimmen. Scharfer Wettbewerb geht immer zulasten der Beschäftigten. Angesichts der dramatischen Entwicklungen im Verkehr haben die europäischen Gewerkschaften die europäische Bürgerinitiative „Fair Transport Europe“ gestartet, um die EU zu zwingen, endlich Maßnahmen zu setzen. „Fair Transport“ steht für ehrliche Bedingungen im Verkehrssektor in ganz Europa. Nichtakzeptable Geschäftspraktiken, die zu Lohn- und Sozialdumping führen, müssen beendet werden. Unternehmen, die fair zahlen, dürfen nicht durch Sozialdumping weiter an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Konkret geht es dabei um maßgebliche Änderungen im europäischen Recht. Die europäische Entsenderichtlinie muss in der gesamten Union durchgesetzt werden, damit nationale Lohnstandards nicht weiter durch niedrigere Standards in Nachbarländern unter Druck geraten. Briefkastenfirmen sollen verhindert und wirksame Regelungen gegen prekäre Arbeitsverhältnisse sollen erlassen werden.

In Ergänzung des Berichts des Präsidenten macht **Kubitschek** auf die schriftliche Unterlage über die letzten Stellungnahmen und neuesten Entwicklungen zu CETA und TTIP aufmerksam.

Zur Information dient die ausführliche Beschreibung des "nationalen Reformprogramms (NRP)", welches ein wichtiger Bestandteil des Europäischen Semesters ist. Beim Europäischen Semester handelt es sich um einen mit dem Jahresbeginn einsetzenden Sechs-Monatszyklus, in dem die Koordinierungsprozesse im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und der Strategie Europa 2020 aufeinander abgestimmt werden. Das Europäische Semester beginnt mit der Veröffentlichung des Jahreswachstumsberichts der Kommission, setzt sich fort in den Länderberichten, in denen die Kommission eine jährliche Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen der Mitgliedstaaten vornimmt, auf deren Basis die Mitgliedstaaten ihre nationalen Reformprogramme erarbeiten und findet seinen Abschluss in den neuen länderspezifischen Empfehlungen. Das nationale

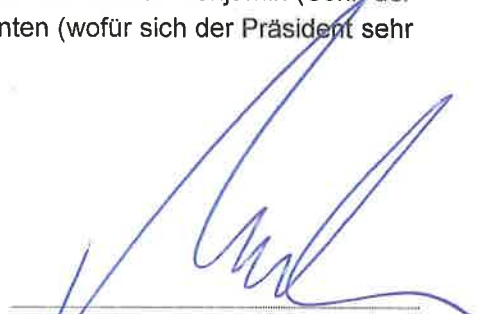
Reformprogramm Österreichs 2016 wurde am 26. April vom Ministerrat zustimmend zur Kenntnis genommen und an die Europäische Kommission übermittelt.

Abschließend informiert die Bereichsleiterin, dass die EU Kommission bis zum 1. Juni 2016 eine Konsultation zur Einführung eines verbindlichen EU-Lobbyregisters durchführt. In dieser wurde nicht nur die Frage aufgeworfen, ob in der Folge ein verpflichtendes Reglement eingeführt werden soll, sondern auch wie das bestehende System der Lobbykontrolle verbessert werden kann. Noch für Ende dieses Jahres hat die Europäische Kommission einen neuen Vorschlag für ein verbindliches Lobbyregister in Aussicht gestellt. Damit wäre eine langjährige AK-Forderung erfüllt. Die BAK hat in Einklang mit dem Konsultationsbeitrag von ALTER-EU auch an der Konsultation teilgenommen. Der BAK-Konsultationsbeitrag wurde auch im Rahmen eines Blog-Beitrag im A&W Blog veröffentlicht. Neben der Einführung eines verbindlichen Transparenzregisters 2017, tritt die AK für zahlreiche - in der Unterlage detailliert aufgeführten - Verbesserungen der Lobbyingkontrolle ein.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

4 Allfälliges

Mit Hinweis auf die BAK-Sitzungen vom 20. bis 22. Juni, auf die Einladung zum AK-Sommerfest am 29. Juni und der Bekanntgabe, dass € 3.500,- an Spendengelder für den kleinen Benjamin (Sohn der verstorbenen Kollegin Dr. Judith Schwartz) gesammelt werden konnten (wofür sich der Präsident sehr bedankt), schließt **Kaske** die Sitzung um 13:05 Uhr.


Der Präsident
Der Direktor
Protokoll